

23.11.2020

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 17/11100, 17/11800 (Ergänzung) und 17/11850 (Zweite Ergänzung) -

### 2. Lesung

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzen

**Berichterstatter**

Abgeordneter Ralf Witzel

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 20 wird unverändert angenommen.



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Entwurf des Einzelplans 20 wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss in der Haushaltsklausur am 28. Oktober 2020, 29. Oktober 2020 (Anhörung), in der Sitzung am 5. November 2020 (Auswertung der Anhörung), in der Sitzung am 19. November 2020 und in der Sitzung am 23. November 2020 beraten.

Als zusätzliche Beratungsunterlage stand der Einführungsbericht des Ministers der Finanzen zum Einzelplan 20 - Vorlage 17/3984 - zur Verfügung.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 - Drucksache 17/11900 - dargestellt.

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung 6. November 2020 beraten am 20. November 2020 abschließend beraten. Dort lagen zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung vor. Beide Änderungsanträge wurden abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergibt sich aus der Vorlage 17/4258. Anschließend wurde der Einzelplan 20, Zuständigkeitsbereich des AHKBW, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD unverändert angenommen.

### **B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs**

Ein Berichterstattergespräch war entbehrlich. Zu den Fragen der Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen wird auf Protokoll der Haushaltsklausur APr. 17/1159 sowie auf die Vorlagen 17/4022, 17/4023, 17/4024, 17/4167 und 17/4226 verwiesen.

### **C Abschließende Beratung im Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen**

Der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen hat das Kapitel 20 640, Sondervermögen, in sich in seiner Sitzung am 18. November 2020 abschließend beraten. Dieses Kapitel wurde dort mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Das Ergebnis der Beratungen ist auch der Vorlage 17/4235 zu entnehmen.

### **D Abschließende Beratung im Unterausschuss Personal**

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/4234 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 17. November 2020 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 02 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die

Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

## **E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss**

Zu den abschließenden Beratungen zur Vorbereitung der 2. Lesung am 23. November 2020 im Haushalts- und Finanzausschuss lagen insgesamt neun Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus dem Anhang.

## **F Bereinigungsbeschluss**

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk sind Veränderungen in den Einzelplänen nicht eingetreten. Ein Bereinigungsbeschluss wurde rein salvatorisch gefasst.

„Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.“

## **G Ausgleich des Haushalts**

Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk wurden nicht angenommen. Deshalb sind Veränderungen in den Haushaltsansätzen nicht eingetreten. Es erfolgte keine Veränderung des Haushaltsvolumens. Der Haushaltsentwurf ist daher weiterhin in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Ein Beschluss über den Haushaltsausgleich war daher nicht zu fassen.

## **H Abstimmung, Ergebnis**

In der Schlussabstimmung wurde der Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD **unverändert angenommen**.

Martin Börschel  
Vorsitzender

Anhang:     2 Änderungsanträge der Fraktion der SPD  
              3 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
              4 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis											
	AfD	<p><b>Kapitel 20 020</b></p> <p><b>Titel 234 10</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b> von 5.102.000.000 Euro um 1.364.300.000 Euro auf 4.203.700.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der erhöhten Entnahme aus der allgemeinen Rücklage kann auf Zuführungen aus dem Sondervermögen zum Teil verzichtet werden. Des Weiteren müssen die Ergebnisse der Steuerschätzung November 2020 berücksichtigt werden, die Steuermindereinnahmen fallen um 466 Mio. Euro geringer aus, als geplant.</p>	<p><b>Allgemeine Bewilligungen</b></p> <p><b>Zuweisungen vom „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ zur Kompensation der Steuermindereinnahmen</b></p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> - Euro</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>		CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
CDU	nein														
SPD	nein														
FDP	nein														
GRÜNE	nein														
AfD	ja														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
	AfD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b></p> <p><b>Titel 359 00      Entnahmen aus allgemeiner Rücklage</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b> von 526.500.000 Euro um 898.300.000 Euro auf 1.424.800.000 Euro</td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 611.930.000 Euro</td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken siehe Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes (I 17/196), ob die allgemeine Rücklage überhaupt zulässig ist, sollte sie in diesem Jahre im Sinne der Wahrheit und Klarheit aufgelöst werden. Die Gelder sollen zur Minimierung der Schuldenaufnahme eingesetzt werden.</p>	<b>HH 2021</b> von 526.500.000 Euro um 898.300.000 Euro auf 1.424.800.000 Euro	<b>Ansatz lt. HH 2020</b> 611.930.000 Euro	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>HH 2021</b> von 526.500.000 Euro um 898.300.000 Euro auf 1.424.800.000 Euro	<b>Ansatz lt. HH 2020</b> 611.930.000 Euro														
CDU	nein														
SPD	nein														
FDP	nein														
GRÜNE	nein														
AfD	ja														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 020</b> <b>Titel 359 00</b></p> <p><b>Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Entnahmen aus allgemeiner Rücklage</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 526.500.000 Euro um 225.000.000 Euro auf 751.500.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b>  611.930.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Unter anderem durch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft NRW wurde im Rahmen der diesjährigen Haushaltsanhörung der Umgang mit der allgemeinen Rücklage kritisiert. Gegenüber einer weiteren Schuldenaufnahme sollte die Verwendung der Mittel der allgemeinen Rücklage prioritär erfolgen. Daher wird der Ansatz erhöht.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b>  <b>Titel 461 12 NEU    Personalverstärkungsmittel zur Attraktivierung des</b>  <b>Öffentlicher Dienstes</b></p> <p>Anbringung eines Baransatzes von 50.000.000 Euro.</p> <p>Anbringung eines Haushaltsvermerkes:  <i>Dies Ausgaben sind bis zur einer Freigabe durch den Haushalts- und  Finanzausschuss des Landtags gesperrt</i></p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>NRW braucht einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst.  Diese Funktionsfähigkeit ist durch 17 000 unbesetzte Stellen in der Landesverwaltung gefährdet. Die Landesregierung führt Gespräche mit den Gewerkschaften welche konkreten Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Dienst umgesetzt werden müssen. Die Umsetzung solcher Maßnahmen werden Finanzmittel erfordern, etwa zur Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, zur Abschaffung der Kostendämpfungspauschale oder zur Verbesserung der Besoldungsstruktur.  Diese Mittel stehen zur Verfügung sobald für die Umsetzung von Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes die mit den Gewerkschaften Vereinbarungen getroffen worden sind.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein  SPD      ja  FDP      nein  GRÜNE    ja  AfD      Enth.</p>



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

<b>lfd. Nr. des Antrags</b>	<b>Antrag der Fraktion/en</b>	<b>Antrag</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>																		
	SPD	<p><b>Kapitel 20 020</b>      <b>Allgemeine Bewilligungen</b> <b>Titel 462 20</b>        <b>Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"><tr><td style="text-align: right;"><b>HH 2021</b></td><td style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td></tr><tr><td>von -150.000.000 Euro</td><td>-200.000.000 Euro</td></tr><tr><td>um - 320.000.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf -470.000.000 Euro</td><td></td></tr></table> <p><b>Begründung:</b> Zum 1.7. sind weiterhin mehr als 17.000 Stellen in der Landesverwaltung nicht besetzt, vor allem im Schulbereich.</p> <p>Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass auch 2019 im Vollzug beim Personal mehr als 560 Mio. € Minderausgaben zusätzlich angefallen sind, ist eine Erhöhung der GMA in diesem Bereich vertretbar und trägt auch zur ehrlichen Betrachtung des Haushaltes bei.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von -150.000.000 Euro	-200.000.000 Euro	um - 320.000.000 Euro		auf -470.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table border="0"><tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr><tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr><tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr><tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr><tr><td>AfD</td><td>Enth.</td></tr></table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	Enth.
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von -150.000.000 Euro	-200.000.000 Euro																				
um - 320.000.000 Euro																					
auf -470.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	Enth.																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 20 020      Allgemeine Bewilligungen</b></p> <p><b>Neuer Titel</b> <b>Titel 462 40      Minderausgaben für Personalausgaben in den Ministeriumskapitel aller Einzelpläne</b></p> <p><b>Haushaltsvermerk:</b> Die Minderausgabe ist in den Kapitel, 02 010, 03 010, 04 010, 05 010, 06 010, 07 010, 08 010, 09 010, 10 010, 11 010, 12 010, 14 010</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2021</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></td> </tr> <tr> <td>von            - Euro</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> </tr> <tr> <td>um -45.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -45.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung hat seit ihrem Amtsantritt weit über 900 neue oftmals hoch dotierte Stellen (B-Gehälter) geschaffen. Es liegt kein Plan bzw. Nachweis vor, wie die Kosten für diese zusätzlichen Stellen eingespart werden sollen.</p> <p>Aufgrund der oftmals üppigen Ausstattung (B-Besoldungsstufen) erscheint der Minderausgabe realistisch.</p>	<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>	von            - Euro	- Euro	um -45.000.000 Euro		auf -45.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
<b>HH 2021</b>	<b>Ansatz lt. HH 2020</b>																				
von            - Euro	- Euro																				
um -45.000.000 Euro																					
auf -45.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Beilage 4 zu EPL 20</b> <b>Wirtschaftsplan des Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise</b></p> <p><b>Titel 632 10</b> <b>Zuweisungen an das Land zur Kompensation der Steuermindereinnahmen in Zusammenhang mit der Corona-Krise</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2021</b> <span style="float: right;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b></span>  von 6.029.399.000 Euro <span style="float: right;">- Euro</span>  um 1.364.300.000 Euro  auf 5.131.099.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der erhöhten Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage kann die Neuverschuldung über das Sondervermögen „Corona-Krise“ reduziert werden.</p> <p>Des Weiteren müssen die Ergebnisse der Steuerschätzung November 2020 berücksichtigt werden, die Steuermindereinnahmen fallen um 466 Mio. Euro geringer aus.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein  SPD      nein  FDP      nein  GRÜNE   nein  AfD      ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 020</b> <b>Titel 633 88</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Allgemeine Bewilligungen Zuweisungen an Gemeinden zur Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen (Landesanteil)</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2021</b> von 0 Euro um 1.730.000.000 Euro auf 1.730.000.000 Euro</p> <p><b>Ansatz lt. HH 2020</b> 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Durch die Corona-Pandemie erwarten die Kommunen massive Steuerausfälle und zwar sowohl im Jahr 2020 als auch in den Folgejahren. Bund und Länder haben sich auf eine Kompensation der Gewerbesteuereintrübe für 2020 geeinigt, die hälftig von Bund und Land getragen werden und für die NRW-Kommunen 1,36 Mrd. Euro beträgt. Allerdings sind auch für das Haushaltsjahr 2021 Einbrüche zu erwarten, die aber bislang politisch überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Bezogen auf die Differenz zwischen der vor Corona erfolgten Steuerschätzung aus September 2019 und der aktuellen Schätzung aus September dieses Jahres ergibt sich für die Kommunen ein weiterer zu erwartender</p>	<p><b>Votum AHKBW</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AFD        nein</p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein SPD        ja FDP        nein GRÜNE    ja AfD        nein</p>

		<p>Steuereinnahmewegfall in 2021 in Höhe von mindestens 1,73 Mrd. Euro, der zu kompensieren ist, um nicht die Handlungsfähigkeit der Kommunen in der Pandemie und darüber hinaus zu gefährden. Um auf kommunaler Ebene Planungssicherheit zu gewährleisten muss diese Summe vom Land als Zuweisung an Gemeinden zur Verfügung gestellt und über das Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise gegenfinanziert werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20  
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																					
	GRÜNE	<p><b>Kapitel 20 020</b></p> <p><b>Titel neu</b></p> <p style="margin-left: 20px;">Neuer Titel</p> <p><b>2021</b> von - Euro um 1.730.000.000 Euro auf 1.730.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Finanzierung der Zuweisungen an Gemeinden zur Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen im Haushaltsjahr 2021 aus dem Sondervermögen des Landes (Änderungsantrag lf. Nr. xx).</p>	<p style="text-align: center;"><b>Allgemeine Bewilligungen Übrige Einnahmen</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona- Krise" zur Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen der Kommunen</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2020</b> - Euro</p>	<p><b>Votum AHKBW</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AFD</td><td>nein</td></tr> </table> <p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 60%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AFD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein																							
SPD	ja																							
FDP	nein																							
GRÜNE	ja																							
AFD	nein																							
CDU	nein																							
SPD	ja																							
FDP	nein																							
GRÜNE	ja																							
AfD	nein																							